

PRESSEMITTEILUNG

Zustrombegrenzungsgesetz – Ein gefährlicher Kurs für Deutschland

Frankfurt am Main, 2. Februar 2025

Das sogenannte **Zustrombegrenzungsgesetz** stellt einen weiteren Schritt in eine politisch gefährliche Richtung dar. Was anfangs als politischer Vorstoß zur "Kontrolle" von Migration und Asyl bezeichnet wurde, entpuppt sich zunehmend als populistische Strategie, die auf dem Rücken von Schutzsuchenden ausgetragen wird. Doch wem nützt dieses Gesetz wirklich? Eindeutig nicht den Menschen, die auf Schutz angewiesen sind, sondern den politischen Akteuren, die mit solchen Maßnahmen ihre Wählerklientel ansprechen wollen – vor allem den Parteien CDU/CSU, FDP, dem „Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)“ und der AfD, die sich zunehmend zusammenfinden.

Was bedeutet das Zustrombegrenzungsgesetz?

Es handelt sich um eine Gesetzesinitiative, die darauf abzielt, den Zugang zum Asylverfahren und die Anzahl der Schutzsuchenden in Deutschland zu reduzieren. Es ist ein Versuch, Migration zu limitieren, unter dem Deckmantel einer angeblichen Überlastung des Systems.

Wem nützt es?

In erster Linie wird dieses Gesetz denjenigen nützen, die in der Politik Angst und Vorurteile schüren, um ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Der populistische Kurs, den die genannten Parteien verfolgen, ist darauf ausgerichtet, die Sorgen und Ängste der Menschen anzufachen und in politische Gewinne umzuwandeln. Das Ergebnis dieser Strategie ist jedoch mehr als problematisch: Sie spaltet die Gesellschaft und gefährdet den inneren Frieden.

Ist es human?

Definitiv nicht. Ein Gesetz, das Menschen in Not noch weiter ausschließt, anstatt Lösungen zu bieten, ist in keiner Weise human. Es ist perfide und zielt darauf ab, politisches Kapital auf den Rücken von Schutzsuchenden zu machen. In einem Land, das sich als demokratisch und weltoffen versteht, ist dieser Vorstoß gefährlich und verstößt gegen grundlegende Menschenrechte.

Führende politische Akteure, hinter dem „Zustrombegrenzungsgesetz“



Merz, Friedrich
CDU/CSU
● Ja



Weidel, Dr. Alice
AfD
● Ja

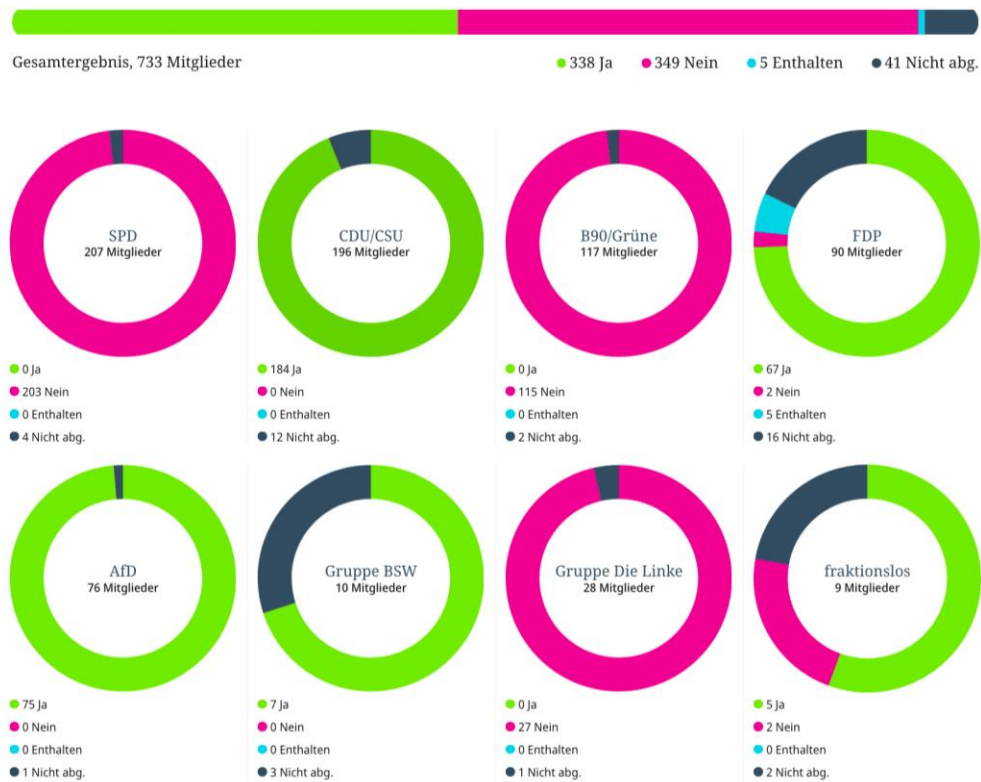


Wagenknecht, Dr. Sahra
Gruppe BSW
● Ja



Lindner, Christian
FDP
● Ja

Bundestag stimmt gegen „Zustrombegrenzungsgesetz“



Die Brandmauer ist gefallen

Was einst als „unüberwindbare Barriere“ zwischen den demokratischen Parteien galt, fällt nun. CDU/CSU, FDP, das BSW von Sahra Wagenknecht und die AfD machen zunehmend gemeinsame Sache. Diese Allianz zeigt eine gefährliche Entwicklung auf, in der unterschiedliche politische Lager zusammenarbeiten, um populistische Forderungen durchzusetzen, die das Fundament unserer Gesellschaft bedrohen.

Dieser Kurs gefährdet den inneren Frieden und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wer sich auf diesen populistischen Zug begibt, trägt dazu bei, die gesellschaftliche Kohäsion zu untergraben und die Demokratie zu schwächen. Ein solches Vorgehen lässt Deutschland auch im Ausland schlechter dastehen und stärkt die Argumente jener, die ein negatives Bild von unserem Land zeichnen.

SPD und Grüne – ein Versagen in der Migrationspolitik

Leider haben auch SPD und Grüne in dieser Frage versagt. Während ihrer Regierungszeit hätten sie die Herausforderungen im Bereich Asyl und Migration anpacken und nachhaltig lösen können. Stattdessen haben sie es zugelassen, dass diese Themen von den Populisten übernommen werden. Sie haben es versäumt, klare, menschenwürdige Lösungen zu erarbeiten und sind den populistischen Kräften aus dem Weg gegangen.

Sahra Wagenknecht – der Doppelmoral aufgefressen

Sahra Wagenknecht zeigt sich nach außen hin als linke Alternative, schlägt jedoch rechts und koalitiert mit Parteien, die diese menschenfeindliche Agenda unterstützen. Dies sollten die Wähler genau zur Kenntnis nehmen. Wer sich auf ein solches politisches Bündnis einlässt, steht de facto auf der gleichen Seite wie die CDU unter Merz – eine Entwicklung, die das Vertrauen in die politischen Prozesse weiter erschüttert.

Politiker mit Migrationshintergrund aus CDU, FDP und BSW – Unmoralisch und Unanständig

Dass Politikerinnen und Politiker mit sogenanntem Migrationshintergrund aus den Reihen der **CDU**, der **FDP** und des **BSW**, die im Bundestag sitzen, bei diesem Gesetz mitmachen, ist nicht nur unverständlich, sondern auch unmoralisch und unanständig.

Diese Personen, die selbst oder deren Familien einst Schutz und eine neue Perspektive in Deutschland fanden, unterstützen einen Kurs, der genau das Gegenteil von Integration und Menschlichkeit fördert. Auch dies sollte von den Wählern zur Kenntnis genommen werden, da es eine gefährliche Heuchelei offenbart. Politische Verantwortung und Solidarität sollten nicht nur dann gelten, wenn es einem selbst oder der eigenen Klientel zugutekommt.



Güler, Serap
CDU/CSU
● Ja



Sekmen, Melis
CDU/CSU
● Ja



Dağdelen, Sevim
Gruppe BSW
● Ja



Mohamed Ali, Amira
Gruppe BSW
● Ja



Al-Halak, Muhanad
FDP
● Ja

Merkel vs. Merz – Ein unglaublicher Widerspruch

Altkanzlerin Angela Merkel hat sich gegen den Vorstoß von Friedrich Merz ausgesprochen. Doch gerade sie war es, die in ihrer Amtszeit eine unkontrollierte Migration zuließ und dadurch die AfD stark machte. Ihre Mahnung kommt daher viel zu spät und wirkt unglaublich. Die aktuellen Herausforderungen im Bereich Migration sind ein direktes Resultat ihrer politischen Entscheidungen.

BIG als echte Alternative

Als **BIG (Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit)** sehen wir uns als eine echte Alternative zu diesen etablierten Systemparteien. Wir sind weder rechts noch links, sondern **gerechtigkeits- und wertorientiert**. Unsere politischen Lösungen basieren auf fairen und nachhaltigen Ansätzen, die weder die Schwächsten der Gesellschaft ausgrenzen noch den sozialen Frieden gefährden. Unsere Politik ist inklusiv, transparent und vor allem menschenwürdig.

Unsere Lösungsansätze in der Frage Migration und Asyl

Unsere Lösungsansätze in der Migrations- und Asylpolitik orientieren sich an bewährten internationalen Modellen, die erfolgreich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den humanitären Verpflichtungen und den realen Bedürfnissen der Gesellschaft herstellen. Anhand von erfolgreichen Beispielen aus Ländern wie Kanada, Portugal und Schweden, die positive Erfahrungen in der Integration von Migranten gemacht haben, möchten wir eine Politik entwickeln, die den sozialen Frieden wahrt und gleichzeitig die Chancen für alle Beteiligten maximiert.

Hier sind die zentralen Lösungsansätze, die wir für eine gerechte, humane und zukunftsorientierte Migrationspolitik sowie für ein geregeltes Asyl in Deutschland übernehmen wollen:

1. Klare Kriterien für Migration und Asyl

Ein modernes Einwanderungsgesetz muss sowohl **legale Einwanderungswege schaffen** als auch **illegale Migration wirksam reduzieren**. Ein **Punktesystem**, das Qualifikationen, Sprachkenntnisse und Teilhabefähigkeit berücksichtigt, kann dabei helfen, Migration besser zu steuern. Erfolgreiche Beispiele aus Ländern wie Kanada und Australien zeigen, dass ein solches System gut funktionieren kann, wenn es fair und transparent gestaltet ist.

Gleichzeitig bedarf es **klarer und verbindlicher Kriterien für Asyl**, die sich an **internationalen Abkommen** und **humanitären Standards** orientieren. Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und schweren Menschenrechtsverletzungen fliehen, müssen konsequent Schutz erhalten. Eine eindeutige Abgrenzung zwischen Asyl und wirtschaftlicher Migration ist essenziell, um das Asylsystem vor Überlastung zu bewahren. Ebenso muss europäische Solidarität gestärkt werden, indem Schutzsuchende gerecht innerhalb der EU verteilt werden, um eine Überforderung einzelner Länder zu vermeiden.

2. Bekämpfung von Fluchtursachen

Statt nur über Begrenzung zu sprechen, müssen wir aktiv in Krisenregionen helfen, um Fluchtbewegungen zu reduzieren. Dazu gehört auch ein konsequentes **Verbot von Waffenexporten in Krisenregionen**, da militärische Konflikte maßgeblich zur Vertreibung von Menschen beitragen.

3. Schnelle und nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt

Erfolgreiche Migrationssysteme setzen auf die rasche Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt. Dies bedeutet, dass Migranten zügig Zugang zu **Arbeitsplätzen** und **qualifizierten Ausbildungsangeboten** erhalten, um sich langfristig eine selbstständige Existenz aufzubauen. Dadurch profitieren nicht nur die Migranten selbst, sondern auch die Gesellschaft, indem deren Potenzial für das wirtschaftliche Wachstum genutzt wird.

4. Förderung von Sprachkenntnissen und Bildungsangeboten

Ein zentraler Bestandteil erfolgreicher Integrationsmodelle ist die **sprachliche Förderung**. Programme zur Sprachvermittlung ermöglichen es Migranten, schnell in die Gesellschaft zu integrieren, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen und die soziale Teilnahme zu erleichtern. In diesem Kontext spielen auch **Bildungsprogramme** eine wesentliche Rolle, da sie den Zugang zu weiterführender Bildung und beruflicher Qualifikation ermöglichen.

5. Schaffung von Wohnmöglichkeiten und Vermeidung von Segregation

Eine gerechte Migrationspolitik stellt sicher, dass Migranten **zugängliche Wohnmöglichkeiten** erhalten. Der Zugang zu gutem und bezahlbarem Wohnraum ist ein wichtiger Faktor, um **Segregation** zu verhindern und die soziale Kohäsion zu stärken. Integrative Wohnmodelle tragen dazu bei, dass Migranten nicht isoliert leben, sondern in die Gesellschaft eingebunden werden.

6. Förderung der Bürgerbeteiligung und gesellschaftlichen Integration

Eine erfolgreiche Integration erfordert auch die **Beteiligung von Migranten am gesellschaftlichen Leben**. Dies kann durch verschiedene Programme zur **Bürgerbeteiligung** und **Förderung des Ehrenamts** geschehen, die Migranten aktiv in die Gemeinschaft einbinden. Dies stärkt das gegenseitige Verständnis und fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl.

BIG Partei: 15 Jahre politische Erfahrung für eine gerechte Zukunft

Als BIG Partei haben wir in den **15 Jahren** unseres Bestehens an **61 Wahlen teilgenommen**, darunter eine Bundestagswahl, zwei Europawahlen, neun Landtagswahlen und mehr als 40 Kommunalwahlen. Als **erste Vielfaltspartei Deutschlands** verfügen wir über eine unschätzbare **politische Erfahrung**, die uns für die Zukunft stark macht.

Wir setzen uns für eine **zukunftsorientierte, gerechte und humane Migrationspolitik** ein, die weder die Rechte von Schutzsuchenden noch die Interessen der einheimischen Bevölkerung gefährdet. Wir plädieren für Lösungen, die **integrieren statt auszugrenzen**, und ein nachhaltiges **Miteinander statt Gegeneinander** fördern. Die derzeitige populistische Politik der CDU, FDP, des BSW und der AfD setzt auf Ausgrenzung und Diskriminierung. Wir müssen in eine Zukunft investieren, in der alle Menschen die Chance auf ein besseres Leben erhalten – unabhängig von ihrer Herkunft.

Unser Ziel war und bleibt eine Politik, die auf **Gerechtigkeit, Chancengleichheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt** basiert – **keine populistischen Schnellschüsse, die auf Kosten der Schwächsten gehen**.

Bei Rückfragen:

BIG Partei

Telefon: (0 69) 15 32 28 49

E-Mail: presse@bigpartei.de

www.bigpartei.de